



Foto: Laurin Schmid

Eine Frage beschäftigte alle: Wie lässt sich der teuer gewordene Wohnraum wieder sozialer gestalten?



Foto: Wolfgang Borrs

Axel Gedaschko ist überzeugt, man müsse bei gleicher Qualität günstiger bauen.



Foto: Wolfgang Borrs

Zum Parlamentarischen Abend des SoVD war der Raum buchstäblich bis auf den letzten Stuhl gefüllt.

Parlamentarischer Abend des SoVD widmet sich den steigenden Mieten

Wohnen ist eine soziale Frage

Fortsetzung von Seite 1

politischen und finanziellen Verantwortung für die Wohnungspolitik zurückgezogen hätten. Er forderte ein umfassendes Investitionsprogramm für die öffentliche Wohnungsbauförderung, das bezahlbaren Wohnraum für mittlere und untere Einkommensschicht. Zudem müsse Spekulation verhindert werden. Auf dem Wohnungsmarkt, so Bauer weiter, dürfe nicht das Recht des Stärkeren gelten. Das sei nicht nur unsozial, sondern

sogar gefährlich, weil dadurch eine Spaltung der Gesellschaft vorprogrammiert sei.

SoVD kündigt Gutachten zum Thema Wohnen an

Der SoVD-Präsident warnte: „Immer mehr Haushalte mieten sich arm und verfügen nach

Abzug der Mietkosten über ein Resteinkommen unterhalb des ALG-II-Satzes.“ Weiteren Mietexplosionen müsse im Sinne des sozialen Friedens entgegengetreten werden. Um seine Vorschläge zu einem „guten Wohnen für alle“ empirisch zu untermauern, habe der SoVD ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, welches er Ende Oktober vorstellen werde.

Mieter sollen ab 2019 besser geschützt werden

Hauptredner war Marco Wanderwitz (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat. Auch er bezeichnete die Wohnungsfrage als zentrale soziale Frage. Für das kommende Jahr kündigte Wanderwitz ein Mieterschutzgesetz an, das auch für bestehende Mietverhältnisse gelten solle. Zudem wolle sein Ministerium noch in dieser Legislaturperiode anderthalb Millionen neue Wohnungen bauen.



Foto: Wolfgang Borrs

Gäste und Vortragende einte die Überzeugung, dass der soziale Wohnungsbau wieder konsequenter umgesetzt werden müsse.

Der Staatssekretär räumte eigene Versäumnisse ein: „Wir müssen als Politik viel stärker aktiv werden – jedoch nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern und Gemeinden. Zugleich müssen unsere Dörfer und Gemeinden auf dem Land attraktiver werden.“

„Wir bauen an der Realität vieler Menschen vorbei“

Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen, lobte in seiner Rede zunächst die Wohnungsbau-Gesellschaft des SoVD: „Die meravis erfüllt ihren Auftrag hervorragend und darauf können Sie stolz sein.“

Für die hohen Mieten machte der ehemalige Hamburger Stadtentwicklungssenator

gestiegene Bau- und Grundstückskosten verantwortlich. Er sagte: „Selbst wenn wir jetzt mehr bauen, bauen wir so, dass wir an der Realität vieler Menschen vorbei bauen.“ Zusätzliche Gelder seien daher kein Allheilmittel. Man müsse vielmehr die Preise in den Griff kriegen, damit auch die Mieten wieder bezahlbar würden.

Gedaschkos Appell an die Politik: „Das ist der Wohnungsbau, den wir wieder schaffen könnten für Otto Normalverdiener, für diejenigen, die die Steuern verdienen, von denen wir dann auch unsere sozialen Systeme finanzieren.“ *job*



Foto: Wolfgang Borrs

Der Staatssekretär Marco Wanderwitz kündigte ein Mieterschutzgesetz an.



Foto: Laurin Schmid

V.li.: Präsidiumsmitglied Ernst-Bernhard Jaensch, der Landesgeschäftsführer des SoVD Niedersachsen, Dirk Swinke, und Heiner Boegler, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss.



Foto: Laurin Schmid

Zu den Gästen gehörten auch viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages.



Foto: Laurin Schmid

Empfang in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.



Foto: Wolfgang Borrs

Aufmerksam folgten die Anwesenden den Ausführungen der Redner.



Foto: Laurin Schmid

Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft liegt direkt neben dem Reichstag. Von dort kann man das bei Nacht erleuchtete Regierungsviertel überblicken.